

Haushaltsrede der CDU-Fraktion Eitorf anlässlich der Verabschiedung des Haushaltsentwurfes 2006 am 20. März 2006

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

„Wie gestaltet sich das weitere, konkrete Vorgehen?

Der Ihnen zugeleitete Haushaltsentwurf enthält die aus Sicht der Verwaltung notwendigen Dinge und berücksichtigt die vom Land gemachten Vorgaben. Weitergehende Sparmaßnahmen sind theoretisch möglich.

Innerhalb der nun folgenden politischen Beratungen, ist die Frage zu beantworten, ob und inwieweit zusätzlich zu den Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre in die Substanz eingegriffen werden soll. Die Gesetzeslage erwartet weitere Weichenstellungen in Richtung Haushaltssanierung. Gefragt sind nachhaltige Veränderungen, die nicht gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde Eitorf zunichte machen.“

Meine Damen und Herren, dies waren u.a. die Worte des Bürgermeisters, als er den Haushalt einbrachte.

Haushaltsreden geben normalerweise die Gelegenheit, Ausblicke auf die kommende Jahre zu geben. Es gilt, Ziele zu definieren, die wir gemeinsam erreichen wollen.

Die Frage die sich uns stellt: **Wo sind die Vorschläge des Bürgermeisters zu nachhaltigen Veränderungen??**

Wenn er doch selbst die Frage stellt, inwieweit zusätzlich zu den Sparmaßnahmen in die Substanz eingegriffen werden soll, so hätten wir auch gerne seine Alternativen gewußt. Wo sind seine Ziele?? Wie kann der Werteverzehr der Vergangenheit ausgeglichen werden?

An dieser Stelle beleuchtete der Bürgermeister lieber das Thema **„Politikverdrossenheit“**.

Hierauf werde ich noch gesondert eingehen.

Nur bringt uns dies weiter, wenn er dann auch gleichzeitig von der Politik die Vorgaben verlangt, wie er den Haushalt wieder ausgleichen kann?

Frei noch dem Motto: "Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andre packt sie an und handelt"

Aber, Herr Bürgermeister, die Sache ist schon ernst.

Es ist zwar das Recht des Bürgermeisters, die Organisation der Verwaltung in eigener Kompetenz effizient und kostengünstig zu bestimmen. Doch wo ein Recht ist - ist auch ein Pflicht. Wir unterstützen Sie dabei, Ihre Pflicht zu erfüllen.

Denn wir wollen uns der Verantwortung, die uns der Bürger gegeben hat gerne stellen! Wir haben klare Vorstellungen zur nachhaltigen Veränderung unserer Gemeinde! Wir geben auch gerne die Ziele vor.

In wirtschaftlich schwierigen Situationen sind für eine erfolgreiche zukünftige Entwicklung einer Gemeinde Visionen und Leitbilder enorm wichtig. Denn daran können sich alle – ganz besonders Rat und Verwaltung - gemeinsam orientieren.

Kommunalunternehmen (AöR):

Ein solches Ziel könnte für die CDU Fraktion die Gründung eines selbständigen Unternehmens als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts durch die Gemeinde sein.

Dabei könnten Abwasserentsorgung mit Abwasserbetrieb, Teile des Bäderwesens, Straßenbau und –unterhaltung, Gebäudemanagement, Theater am Park, Baubetriebshof und zum Teil das Friedhofswesen in einem Unternehmen zusammengefaßt werden.

Mittlerweile haben in NRW etwa 25 Städte und Gemeinden den Schritt zu einem Kommunalunternehmen gewagt. Die Erfahrungen sind dabei durchweg positiv und zeigen folgendes Fazit:

Die AöR ist insbesondere für kleinere und mittlere Kommunen ein hervorragendes Instrument zur Bündelung hoheitlicher und wirtschaftlicher Betätigungen in einem Unternehmen. So können Synergien erschlossen werden. Man kann sich auf die eigenen Kräfte und Potenziale besinnen, ohne steuerliche Nachteile zu erfahren.

Die wesentlichen Punkte sind:

- **Erschließung von Synergien durch kostenreduzierte Bündelung von Aufgaben,**
- **Beitrag zur Haushaltskonsolidierung durch Erwirtschaftung der Abschreibungen,**
- **Sicherstellung der Aufgabenerfüllung vor Ort,**
- **Sicherstellung der Arbeitsplätze.**

Synergien werden durch die bereits angesprochene Bündelung artverwandter Aufgaben mit Konzentration von Fachwissen, Optimierung von Ablaufprozessen, Poolung von Arbeitskräften, konzentrierte Kundenansprache und Bündelung von Leitungsfunktionen erwartet.

Für die von der Errichtung einer AöR betroffenen Mitarbeiter der Gemeinde hätte diese neue Struktur keine Auswirkungen. Alle Dienstverhältnisse könnten zu den derzeitigen Bedingungen übernommen werden; die Arbeits- und Dienstverhältnisse hätten Bestandsschutz.

Durch die Bildung der AöR sollen auch solche Synergieeffekte erzielt werden, dass bei dem Ausscheiden einzelner Bediensteter nicht zwingend sofort Neueinstellungen erfolgen müssen.

Natürlich ist die Errichtung einer AöR ggf. auch mit Kosten verbunden, die mit dem anfallenden Beratungsbedarf für Satzung und Errichtung der Struktur entstehen

können. Bei allen sich ergebenden wirtschaftlichen Vorteilen hält die CDU dies für vertretbar.

Aufwendungen für die Wertermittlung bzw. für die Eröffnungsbilanzen sind Ausgaben, die unabhängig von der Errichtung der AöR anfallen – nämlich spätestens bei der Einführung des NKF (Neues Kommunales Finanzmanagement). Insofern wird sich der Gründungsaufwand im vertretbaren Rahmen halten.

Ausschlaggebend ist die steuerlich neutrale Bündelung von hoheitlichen Aufgaben und wirtschaftlichen Betätigungen bei gleichzeitiger Wahrung der Steuerungsmöglichkeiten durch den Rat in den bereits benannten Bereichen.

Da sich im kaufmännischen Rechnungswesen Vorgänge „schlanker“ bearbeiten lassen, ohne dabei die Übersicht bzw. Kontrolle zu gefährden, führt die Errichtung einer AöR auch an dieser Stelle zu Synergien. Die Einrichtung einer zentralen Einkaufs- und Lagerwirtschaft, die Nutzung von Synergien in der Rufbereitschaft, den Aufbau eines Controlling - Systems und die Nutzung des Internets als Kundenserviceinstrument sind weitere Stichworte.

Daher beantragen wir:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vor- und Nachteile sowie Voraussetzungen für die Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts kurzfristig zu prüfen; einschließlich der Auswirkungen auf die Leistungserbringung für die Bürgerschaft.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig die erforderlichen Gespräche mit der Kommunalaufsicht aufzunehmen und etwaige Genehmigungsfragen zu klären.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, möglichst für die nächste Sitzung des Hauptausschusses eine Vorlage zu erarbeiten. Diese sollte die notwendigen Schritte und Auswirkungen darstellen und als weitere Entscheidungsgrundlage dienen.

Wir sind der Auffassung, dass durch die Errichtung einer AöR möglicherweise das strukturelle Defizit der Gemeinde wirksam bekämpft werden kann. Ohne eine Änderung der bestehenden Strukturen der Gemeinde Eitorf werden wir das

Haushaltsdefizit nicht mehr abbauen können. Selbst wenn wir auf alle freiwilligen Ausgaben verzichten würden, wäre ein Ausgleich der bestehenden Verschuldung nicht möglich.

Was nicht bedeutet, dass die CDU Fraktion die freiwilligen Ausgaben außen vor lassen möchte. Wir bitten daher die Verwaltung die folgenden Möglichkeiten zu prüfen und die Ergebnisse dem zuständigen Fachausschuß vorzulegen.

- Suche nach einem privaten und geeigneten Träger für die Jugendarbeit,
- Zusammenlegung der Bibliothek mit den kirchlichen Einrichtungen,
- Zusammenarbeit des Gemeindearchivs mit dem Heimatverein,
- Vergünstigung für Geschwisterkinder z.B in der Musikschule nur für Kinder der Gemeinde Eitorf,
- Übertragung von organisatorischen Aufgaben im Schülerspezialverkehr an den diesen durchführenden Unternehmer,
- Kostenbeteiligung an Umwelttagen und an dem Fest der internationalen Begegnung (Ziel: ggf. Halbierung der Kosten).

Weitere Ziele, die der CDU wichtig erscheinen – (und leider in den Visionen des Bürgermeisters scheinbar noch nicht gereift) - sind:

- Demographie in Eitorf,
- Strategien der zukünftigen Gemeindeentwicklung,
- Arbeiten, Wohnen, Bildung, Versorgung / Handel,
- Soziale Infrastruktur,
- (med. Versorgung, altengerechte Wohnformen, Pflegeangebote, ...)
- Kultur, Freizeit, Sport,
- Infrastruktur, Energieversorgung, Verkehr,
- Verwaltung, kommunale Finanzen.

Der Anteil älterer Mitbürger an der Gesamtbevölkerung wird zukünftig deutlich steigen. Aufgrund der uns bekannten Daten wird der Planungsbedarf für Seniorinnen und Senioren in unserer Gemeinde deutlich größer werden. Gemessen an den Zahlen, ist vorhersehbar, dass z. B.: der Bedarf für betreutes Wohnen,

Altenheimpflegeplätze, seniorenrecht ausgestattete Wohnungen und auch ambulante Pflege in den nächsten Jahren sukzessive steigen wird.

Früh war der CDU-Fraktion klar, dass u. a. auch dieser Bereich konzeptionell begleitet werden muss.

Die CDU Fraktion will erreichen, dass ältere Menschen so lange und sicher wie möglich in ihrem sozialen Umfeld, und in ihren eigenen Wohnungen leben können.

Da der demographische Wandel nahezu alle Lebensbereiche betrifft, ist es notwendig, für die Gestaltung eine Gesamtstrategie zu erarbeiten. Die Vorbereitung einer solchen Strategie und Diskussion eines Leitbildes eröffnet große Chancen und ist meines Erachtens notwendig.

Von uns als Kommunalpolitiker wird dies ein Umdenken erfordern. Wir müssen uns noch mehr als in der Vergangenheit von der Zeitskala von Wahlperioden trennen und langfristiger planen.

Die CDU-Fraktion hat sich bereits - und wird sich weiterhin - auf diesen sicher sehr spannenden Prozess vorbereiten. Unser Handeln der letzten Jahre zur langfristigen Entwicklung der **Gewerbeflächen** ist in diesem Prozess - wie bereits Altebach - nur ein Baustein. Er ist aber auch ein sehr wichtiger!

Die wirtschaftliche Entwicklung der Betriebe und Unternehmen in Eitorf ist und bleibt als Basis für unsere Gemeindewicklung von entscheidender Bedeutung. Von daher muss es das zentrale Interesse sein, in der Bestandssicherung die bestehenden Unternehmen zu stärken und in einer Gründungsförderungs- und Ansiedlungsstrategie neue Unternehmen für den Standort zu gewinnen.

Neue und zusätzliche Arbeitsplätze stärken unsere Finanzbasis und Handlungsfähigkeit durch zusätzliche Einnahmen aus der Gewerbesteuer und vor allem aus der Einkommensteuer.

Wenngleich viele Facetten der Verbesserung der Standortbedingungen und der Wirtschaftsförderung denkbar sind, ist ein attraktives, an den zukünftigen Standortansprüchen der Unternehmen orientiertes Gewerbeflächenangebot von grundlegender Voraussetzung.

Insgesamt, so unsere sicher nicht falsche Einschätzung, wird sich der Wettbewerb der Wirtschaftsregionen und Wirtschaftsstandorte um leistungsfähige Unternehmen erheblich verschärfen. (siehe Hennef)

Wohnen:

Die CDU Eitorf hat in der Vergangenheit immer darauf geachtet, möglichst in allen Ortsteilen Baulandflächen in guter Qualität und mit bezahlbaren Preisen zu entwickeln. Baulandflächen konnten bislang unseren Bürgern in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden. Stellvertretend möchte ich hier einige der jüngeren Beispiele nennen, wie: Mühleip, Halft, Eitorf – West.

Ob wir aber in Zukunft unter Einbeziehung des demographischen Faktors noch genauso wohnen wollen, sollte mittelfristig kritisch hinterfragt und überprüft werden. Möglicherweise verändern sich die Maßstäbe und Anforderungen, die wir zunächst auch nur als Frage formulieren können. Wir nehmen für uns als CDU Fraktion in Eitorf in Anspruch, zumindest die richtigen Fragen aufwerfen zu wollen.

Einige will ich hier formulieren:

1. Können wir in Eitorf anspruchsvolle Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, die dazu führen, dass junge Familien und Fachkräfte nach Eitorf ziehen?
2. Gelingt es uns, Firmen an unsere Gemeinde zu binden, die diese Arbeitsplätze vorhalten?
3. Haben wir für diese Kunden die richtigen Baugrundstücke in einer intakten Umwelt mit entsprechender Infrastruktur?
4. Ist weiterer Zuzug nach Eitorf möglich?

Die Entwicklung von attraktiven, qualitativ hochwertigen Wohnbaugrundstücken mit vielleicht auch anderen Parzellenzuschnitten kann insofern für unsere Gemeinde zu einem wichtigen Standortfaktor in der Konkurrenz mit anderen Kommunen werden.

Die CDU-Fraktion **beantragt** vor diesem Hintergrund zur langfristigen Sicherung der wohnlichen und gewerblichen Entwicklung die Erarbeitung einer **Flächenentwicklungskonzeption** als wichtigen Baustein einer Gemeindeentwicklungsstrategie. Hier müssen nach unserer Auffassung vielleicht auch neue Wege gegangen werden; Stichwort **Soziale Bodenordnung** und **Kostendeckung** der Gemeinde.

Des Weiteren darf die Erhaltung und Pflege unserer Infrastruktur nicht den Sparzwängen zum Opfer fallen. Denn dies würde nur einen weiteren Werteverzehr bedeuten und gleichzeitig den Handlungsspielraum für die Zukunft weiter einengen – und nicht zuletzt würde es zu einer Verlagerung der Probleme auf die Folgegeneration kommen. Hierzu werden wir in der Beratung zum Instandsetzungsprogramm noch konkrete Vorschläge machen.

Doch eine Maßnahme möchte ich an dieser Stelle jetzt **schon beantragen**:

Die kurzfristige Instandsetzung des Parkplatz Nord. Der derzeitige Zustand ist für unsere Pendler nicht hinnehmbar. In diesem Zusammenhang möchte ich auch eine sinnvolle Anregung der JU- Eitorf aufgreifen und **beantrage**:

Einen Fußweg mit Fußgängerbrücke über den Eipbach. Dieser soll den Bahnhof mit der Schule, der Turnhalle und dem Freizeitbad verbinden. Die Verwaltung sollte hier nach Sponsoren suchen und in Zusammenarbeit mit dem Bauhof eine kostengünstige Lösung erarbeiten. Denkbar wäre auch ein gemeinsames Projekt mit den Schulen im Rahmen des Werkunterrichtes. So wäre sicher auch die Identifikation mit solch einer Einrichtung höher.

Schulen:

Bereits in der letzten Haushaltsrede haben wir die Errichtung eines Naturwissenschaftlichen/pädagogischen Zentrums beantragt. Ursprünglich sollte diese Idee verfolgt und realisiert werden, um hierdurch die Schullandschaft in unserer Gemeinde nachhaltig zu verbessern. Geplant war eine gemeinsame Nutzung des Zentrums durch die Hauptschule und durch das Gymnasium. Dieser Antrag wurde im zuständigen Schulausschuss behandelt und man einigte sich auf einen Arbeitskreis, der sich mit diesem Thema befassen sollte und auch befasste.

Während der Arbeitskreis unter Beteiligung der zuständigen Fachämter tagte, wurde zu keinem Zeitpunkt darauf hingewiesen, dass die Finanzierung eines solchen Projektes mehr als fraglich ist. Nach Vorlage des Haushaltsentwurfes durch den Bürgermeister kam vielmehr die Ernüchterung.

Bislang wurde die Realisierung des Projektes auf der Basis von PPP als unwirtschaftlich dargestellt. Das finanzielle Bauvolumen sei zu klein, so dass man kommunale Kredite in Anspruch nehmen müsse. So war jedenfalls die Auskunft der Gemeindeverwaltung. Eine Verwaltungsvorlage des Bürgermeisters mit konkreten Angeboten von Investoren und entsprechendem Nachweis wurde bislang nicht vorgelegt.

Letztendlich sollen die Schulleiter der betroffenen Schulen auch mit einer Kompromisslösung einverstanden sein. Das Gymnasium drängt aus verständlichen Gründen, da ab 2007/2008 der Ganztagsbetrieb beginnt. Räume müssen sukzessive vorgehalten werden.

In der Konsequenz wollen wir uns nicht dem Willen der Schulen widersetzen. Dennoch bestehen wir auf eine umfangreiche und nachgewiesene Überprüfung der Möglichkeit zur Finanzierung des beabsichtigten Naturwissenschaftlichen/pädagogischen Zentrums im Rahmen von PPP oder Sponsoring. Dies wird von uns nochmals ausdrücklich beantragt. Während dieser Prüfungsphase müssen weitere Gespräche mit allen Verantwortlichen geführt werden. Wir beantragen daher, unter Beteiligung der Verwaltung und eines

Vertreter der jeweiligen Fraktionen gemeinsam mit den Schulleitern die Angelegenheit nochmals zu erörtern.

Benutzung der Sportstätten:

Im Rahmen des vom Bürgermeister vorgestellten Haushaltsentwurfes wurde auch die Frage der entgeltlichen Sportstättenbenutzung durch die Sportvereine angesprochen. Die nicht zu unterschätzende und gesellschaftlich hochwertige Arbeit der Vereine muss weiter durch die Gemeinde unterstützt werden.

Eine zusätzliche finanzielle Belastung der Vereine lehnen wir ab. Bereits in der Vergangenheit haben die Vereine solche unentgeltlichen Leistungen erbracht, die wesentlich zum reibungslosem Ablauf der Sportstättenbenutzung beigetragen haben.

Diese Leistungen können und sollen als quasi bargeldlose Gegenleistung das Äquivalent zu der Nutzung der Sportstätten darstellen. Hierdurch kann eine Verrechnung erfolgen, so dass beiden Seiten geholfen werden kann. Im übrigen gehen wir davon aus, dass diese Lösung allgemein konsensfähig ist.

Beigeordneter:

Im September diesen Jahres geht unser Beigeordneter Willi Ludwigs in den wohl verdienten Ruhestand. Die CDU Fraktion - und nicht nur die CDU Fraktion - vertritt die Auffassung, dass dem Bürgermeister und der Verwaltung auch weiterhin ein kompetenter Beigeordneter zur Seite stehen soll bzw. muss. Die Größe unserer Gemeinde und die damit verbundenen Aufgaben lassen eine andere Entscheidung nicht zu.

Auf die Gemeinde werden weitere Aufgaben und Pflichten zu kommen, die zwingend eine kompetente Verwaltungsführung in der bisherigen Konstellation verlangt. Die von uns vorgeschlagene Stellenausschreibung ist der erste Weg, um einen geeigneten Kandidaten zu finden. Es würde unserer Gemeinde auch gut tun, wenn die gesuchte Person von außerhalb kommen würde, mit neuen Ideen und Lösungsansätzen uns bei der Bewältigung der anstehenden Probleme unterstützt.

Im übrigen sei der Hinweis erlaubt, dass die Neubesetzung der Stelle des ersten Beigeordneten in unserer Gemeinde durch den Rhein-Sieg-Kreis als völlig unkritisch angesehen wird.

Politikverdrossenheit:

Eingangs habe ich die vom Bürgermeister angesprochene Politikverdrossenheit angesprochen. Ich teile ganz und gar nicht seine Auffassung, dass in der Eitorfer Bevölkerung „Politikverdrossenheit“ vorherrscht.

Die letzten Wochen und Monate haben an Hand des geplanten Fachmarktzentrams gezeigt, dass eine solche in unserer Gemeinde eben nicht vorherrscht bzw. vorhanden ist. Auch kann wohl kaum die Rede davon sein, dass sich die Eitorfer Bürger von der Politik „angewidert“ fühlen. Vielmehr haben unserer Bürgerinnen und Bürger im hohen Maße Interesse an unserer Gemeinde und deren Zukunft gezeigt.

In sämtlichen - zu diesem Thema durchgeführten Sitzungen und Versammlungen - wurde zum Teil heftig diskutiert. Ich bin der Überzeugung, dass gerade bei diesem Thema alle politischen Parteien das Wohl unserer Gemeinde bedenken wollten bzw. bedenken. Ziele Teil waren jedoch die Wege sehr unterschiedlich.

Letztendlich geht meiner Auffassung nach unsere Gemeinde als Gewinner aus dieser Angelegenheit heraus. Das Bewusstsein, dass sich in Eitorf etwas ändern muss, gepaart mit einem verstärkten Wir-Gefühl, ist nunmehr geschärft. An Hand des von uns geforderten und nunmehr vorliegenden Gutachtens können und müssen weitere Ideen für Eitorf entwickelt werden.

An diesem Kurs möchte die CDU festhalten, und wenn man von einem Kurs überzeugt ist, muss man daran festhalten. Denn Wankelmut schafft kein Vertrauen!

Die CDU Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

Mein abschließender Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung, insbesondere dem Kämmerer Klaus Strack sowie seinem

Team, die durch die Erstellung des Haushaltes in dieser Zeit den schwierigsten Job hatten!

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Gemeindewerke, des St.-Franziskus-Krankenhauses Eitorf und des St. Elisabeth Seniorenheims Eitorf GmbH Danken wir für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit zum Wohle aller Eitorferinnen und Eitorfer.

Gerade die Mitarbeiter des Krankenhauses haben zur Sicherung des Standortes Eitorf erhebliche persönliche Opfer erbracht.

Dieser Dank gilt auch der Freiwilligen Feuerwehr sowie allen ehrenamtlichen Kräften in Vereinen und Verbänden.

Die Polizeibeamten hier vor Ort, auch wenn sie keine Gemeindemitarbeiter sind, schließe ich in meinen Dank ausdrücklich ein.

Ein Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!